GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Konjunkturpolitik. Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit :

Michalitsch, Gabriele

2009

https://doi.org/10.25595/1511

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Michalitsch, Gabriele: *Konjunkturpolitik. Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit :* , in: Kurswechsel : Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (2009) Nr: 2, 93-98. DOI: https://doi.org/10.25595/1511.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Konjunkturpolitik: Geschlechter-Macht und Geschlechter-Wahrheit

Gabriele Michalitsch

Kritik besteht Foucault folgend darin, das, was in einer Gesellschaft als Wahrheit[1] anerkannt wird, auf seine Machteffekte und Macht auf ihre Wahrheitsdiskurse hin zu befragen. (Foucault 1992, 15) Die kritische Haltung charakterisiert er als »Kunst nicht dermaßen regiert zu werden«. (Foucault 1992, 12) Regierung bezeichnet dabei eine Form von Machtausübung, die Individuen durch die Produktion von Wahrheit anleitet, lenkt, führt und so zu Subjekten formt.[2] Ökonomie bedeutet folglich nicht nur Allokation von Ressourcen oder Produktion von Gütern und Dienstleistungen, Ökonomie ist immer auch Regierung: Sie.reguliert soziale Beziehungen und Selbst-Verhältnisse. Ökonomie als spezifische Form sozialer Regulation zu fassen, impliziert folglich immer auch Fragen nach Macht und Wahrheit.

An Foucaults Konzeption von Kritik anknüpfend, wird im Folgenden die mit der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise einhergehende österreichische Konjunkturpolitik im Hinblick auf geschlechtsspezifische Macht- und Wahrheitseffekte untersucht. Von diesen ausgehend, werden alternative ökonomische Krisen-Strategien entwickelt, die sich an der mittel- und langfristigen Stabilität des sozialen Gefüges orientieren. Grundlage eines solch langfristigen und auf soziale Stabilität ausgerichteten Denkhorizonts bildet die erste Lehre der aktuellen Krise: Sie bedeutet Unsicherheit, Ineffizienz und Kosten in kaum fassbaren Ausmaßen.

1. Machteffekte: Konjunkturpolitik als Geschlechterpolitik

Wie auch immer die Diagnose der Krisenursachen ausfällt, Einigkeit besteht hinsichtlich des Befundes, dass die Finanzmärkte die ihnen zugedachte Funktion der Koordination von Kapitalströmen nicht mehr erfüllt und damit die in eine Phase konjunkturellen Abschwungs übergehende globale Wirtschaft in eine tiefe Krise gestürzt haben. Während um Modifikationen des globalen Finanzsystems gerungen wird, versuchen die weltweit geschnürten Konjunkturprogramme, den *status quo ante* herzustellen – und so nicht zuletzt bestehende Machtverhältnisse, auch zwischen den Geschlechtern, zu stabilisieren.

Der öffentliche Diskurs zu wirtschaftspolitischen Fragen hat sich im Laufe der Krise beträchtlich verschoben: Staatliche Intervention in Märkte gilt nicht länger als schädliche oder überflüssige Beschränkung, sondern avancierte zum Gebot der Stunde, die Effizienz des Marktmodells scheint zweifelhaft geworden, Fragen der Besteuerung werden neu gestellt. Im Kontext des österreichischen, zunächst keynesianisch anmutenden Stabilisierungsprogramms – Bankenhilfspaket, »Mittelstandsmilliarde«, Konjunkturpaket II und Steuerreform – ist ein wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel jedoch nicht erkennbar, neue Ideen sucht man vergeblich. Das Stabilisierungsprogramm konzentriert sich auf die Stützung von Banken und real-

wirtschaftlichem Unternehmenssektor, dem letztlich auch die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand zugute kommen.

Vernachlässigt wird hingegen die private Konsumnachfrage, *der* Ansatzpunkt klassischer keynesianischer Politik. Die Konjunkturmaßnahmen bieten keine Umverteilungsansätze zugunsten des unteren Einkommensdrittels, von dem die stärksten Wirkungen auf den privaten Konsum zu erwarten wären. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge oder eine Ausweitung von Negativsteuer-Ansätzen hätte das untere Einkommensdrittel entlastet, die Steuerreform kommt jedoch vor allem dem mittleren und oberen Einkommensdrittel zugute, in dem Frauen deutlich unterrepräsentiert sind. Damit wird die Schere zwischen Arm und Reich, immer mit Geschlecht korreliert, tendenziell weiter aufgehen, soziale Polarisierung zunehmen, Abhängigkeit von Frauen gegenüber Männern und damit das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern verstärkt.

Ungenützt blieb auch die Chance, dem beträchtlichen Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen[3] durch entsprechende Ausweitung öffentlicher Angebote zu begegnen, auf diese Weise in einem stark feminisierten Sektor Konjunktur stützend Arbeitsplätze zu schaffen, dabei der geschlechtsspezifischen Zuweisung des Berufsfeldes gezielt entgegenzuwirken und nicht zuletzt den steigenden Druck auf die Versorgungsökonomie zu reduzieren. Denn in Krisenzeiten kommt der nach wie vor primär Frauen zugewiesenen unbezahlten Arbeit im privaten Bereich eine besondere Pufferwirkung zu, soll sie doch mangelnde Kaufkraft durch mehr Eigenleistungen ausgleichen.[4] Mehr unbezahlte Arbeit aber verringert in weiterer Folge Partizipationschancen vorrangig von Frauen am Arbeitsmarkt und stabilisiert so die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden sozioökonomischen Geschlechterdisparitäten.

Doch die Konjunkturprogramme sind vorrangig darauf ausgerichtet, Männerarbeitsplätze – besonders im Bauwesen – zu sichern. Obgleich die von Frauen dominierten Branchen als weniger krisenexponiert gelten, steigt die Frauenarbeitslosigkeit kontinuierlich. Die Zahl arbeitsloser Frauen erhöhte sich zwischen Februar und April dieses Jahres von knapp 103.000 auf fast 111.000, während die Zahl arbeitsloser Männer im gleichen Zeitraum saisonbedingt von nahezu 199.000 auf 148.000 zurückging (AMS 2009). Dabei liegt die versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen traditionell infolge fehlender Leistungsansprüche weit höher als die von Männern.

Gerade die atypischen, oftmals prekären, marginalisierten weiblichen Beschäftigungsverhältnisse[5] können im Bedarfsfall leicht gelöst werden. Dabei dürfte sich der seit den 1990er Jahren anhaltende Trend zur Atypisierung vor allem von Frauenerwerbsarbeit im Zuge der Krise noch beschleunigen. Kaum Existenz sichernde Einkommen, mangelnde soziale Absicherung, erhöhte Armutsgefährdung und damit verbundener gesellschaftlicher Ausschluss sind die Folgen, die Lebensverhältnisse gerade von Frauen im Zuge der Krise verstärkt bestimmen – zumal diese infolge höchst ungleicher geschlechtsspezifischer Vermögensverteilung selten auf entsprechende Rücklagen zur Überbrückung von Krisenzeiten zurückgreifen können.

Darüber hinaus wird mit dem Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie die Bedeutung von Bildung und Qualifikation als Wirtschaftsfaktoren weiter steigen, die Konjunkturprogramme aber beschränken sich auf die Sanierung von Schulgebäuden. Bildungsinvestitionen aber beziehen sich auf die Qualität von Bildung, dabei wäre auch der gesellschaftlichen Produktion und Verankerung von Stereotypen und in

weiterer Folge geschlechtsspezifischen Segregationstendenzen im Bildungsverhalten entgegenzuwirken, denn sie verknüpfen sich mit gesellschaftlichen Schließungsmechanismen, die das in der Bevölkerung zu verortende ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft verringern. Das soziale Beziehungsgeflecht ist nicht nur Ziel des Wirtschaftens, es bildet auch dessen Fundament und wäre folglich als mittel- und langfristige Basis wirtschaftlicher Prosperität und damit als *das* »Investitionsobjekt« schlechthin zu verstehen (Esping-Andersen 2000, Bock-Schappelwein/Eppel/Mühlberger 2009).

Gerade dieses nur mittel- und langfristig zu steuernde menschliche Potenzial einer Ökonomie bleibt von den Konjunkturmaßnahmen unbelichtet. Gänzlich fehlen Ansätze, vor allem für benachteiligte Gruppen Zugangschancen zu Bildung zu fördern, indem adäquate soziale Voraussetzungen wie ein entsprechendes »bildungsfreundliches« Umfeld und ein solidarisches gesellschaftliches Klima – also Lebensbedingungen, die Lernen ermöglichen und dazu motivieren – geschaffen werden. Angst, Druck und erhöhte Unsicherheit samt individualisierten Überlebenskämpfen, wie sie politische Strategien vor allem der letzten Dekade charakterisierten, richten sich ausschließlich an den/die Einzelne, wirken dabei oftmals kontraproduktiv und lassen die Gestaltung individueller Rahmenbedingungen außer Acht. Vielmehr bedarf es integrativer Politiken, die auf Inklusion in die Gesellschaft zielen, um gerade marginalisierten Gruppen vermehrt gesellschaftliche Chancen auf Teilhabe zu eröffnen und damit der Vertiefung und Entladung sozialer, sich im Zuge der Krise verschärfender Konflikte entgegenzuwirken. Sozialer Auseinanderfall birgt nicht nur unschätzbares menschliches Leid, sondern auch hohe ökonomische Kosten – spätestens sobald gesellschaftliche Konflikte aufbrechen und sich in Streiks, Unruhen und Gewalt manifestieren.

Auf gesellschaftlichen Einschluss etwa von Migranten oder Frauen zielende Projekte vielfältiger, oft zivilgesellschaftlicher Initiativen leisten demgegenüber essentielle Beiträge zur Schaffung eines stabilen sozialen Gefüges. Viele solcher Projekte scheitern an mangelnder, in den letzten Jahren oft gekürzter Finanzierung. Mit einer – selbst vorübergehenden – Aufstockung von Fördermitteln könnten nicht nur sehr rasch Arbeitsplätze generiert, sondern auch gesellschaftliche Partizipationschancen und so mittelfristig das ökonomische Potenzial erhöht werden.

Solche auf »gesellschaftliche Nachhaltigkeit« ausgerichtete Investitionen in das Soziale definieren die Zeitdimension (Rosa 2005, 391ff) ökonomischer Denk- und Handlungshorizonte neu und rücken soziale Stabilität ins Zentrum wirtschaftlicher Überlegungen.

Demgegenüber lassen sich die geschlechtsspezifischen Machteffekte gegenwärtiger Konjunkturpolitik wie folgt zusammenfassen:

1. verstärkte geschlechtsspezifische Einkommensdisparitäten als Folge der Steuerreform,
2. zunehmende, vorrangig Frauen zugewiesene unbezahlte Arbeit und damit verringerte Partizipationschancen am Arbeitsmarkt als Resultat fehlender Pflege- und Betreuungseinrichtungen und krisenbedingt steigenden Drucks auf die Versorgungsökonomie, die die geschlechtliche Arbeitsteilung mit allen sie begleitenden sozioökonomischen Geschlechterdisparitäten stabilisieren,
3. steigende Erwerbsarbeitslosigkeit von Frauen und verstärkte Atypisierung weiblicher Beschäftigung, die sozioökonomische Geschlechterhierarchien vor allem im

Hinblick auf Arbeitsmarktstatus, Einkommen und Zugang zu sozialer Sicherheit verstärken, während
4. Stereotypenbildung und Segregation im Bildungswesen infolge mangelnder Bildungsinvestitionen unangetastet bleiben und
5. nicht zuletzt fehlende »Sozialinvestitionen« gesellschaftliche Exklusion stabilisieren.

Die beschlossenen Konjunkturprogramme blenden ökonomische Dimensionen des Sozialen aus und tragen dazu bei, Geschlechterhierarchien zu stabilisieren, indem sie bestehende Ungleichheiten affirmieren und asymmetrische Konstitutionsbedingungen von Geschlecht festschreiben. Österreichs Konjunkturpolitik wirkt demnach als retraditionalisierende Geschlechterpolitik. Gender Mainstreaming erweist sich dabei einmal mehr als wenig durchschlagskräftige Strategie. Ausdrücklich auf alle Politikbereiche hin konzipiert, kommt es doch – völlig sanktionslos – in wirtschaftspolitischen Kontexten, für die Gestaltung von Lebensverhältnissen zentral, nicht zur Anwendung.

2. Wahrheitseffekte: Wissen als Geschlechterproduktion

Krise und Konjunkturprogramme werden von öffentlichen Diskursen begleitet, die durch wiederholte Behauptungen, Frauen seien von der Krise nicht oder kaum betroffen, vor allem aber durch De-Thematisierung von Geschlechterdimensionen der Krise charakterisiert sind. Machteffekte von Krise und Konjunkturprogrammen werden nicht wahrgenommen – oder verschwiegen, Gleichstellungsforderungen dabei mit Verweis auf die Krise und ihre Kosten abgewehrt. Die Überwindung struktureller Unterordnung der mit dem Attribut »Frauen« markierten Gruppe spiegelt jedoch keine partikularen Interessen, sondern verbindet sich mit grundlegenden Fragen nach der Organisation von Ökonomie, Gesellschaft und Demokratie, die alle Gesellschaftsmitglieder betreffen und nicht trotz, sondern wegen der Krise zu stellen sind.

Dass öffentliche Diskurse konjunkturpolitische Geschlechtereffekte weitgehend negieren und entsprechende Stabilisierungsprogramme Akzeptanz finden, lässt sich nicht zuletzt mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream verbinden, der nicht nur Geschlecht als analytische Kategorie weitgehend ausblendet[6], sondern gleichzeitig von überwiegend impliziten Geschlechterentwürfen durchsetzt und von Maskulinismus in Begriffen, Definitionen und Konzeptionen geprägt ist. (Pujol 1992; Nelson 1993, 1995; Michalitsch 2000, 2003) So verschränkt sich etwa die definitorische Ausschließung der Reproduktion aus dem Feld des Ökonomischen mit der Etablierung einer binären modernen Geschlechterordnung und reduziert Ökonomie weitgehend auf das Marktsegment. (Michalitsch 2009) Ansätze feministischer Ökonomik stellen demgegenüber Verknüpfungen von Markt, Non-Profit-Sektor, staatlicher Dienstleistungsökonomie und Reproduktionsbereich in den Vordergrund und identifizieren in der mit dem Reproduktionsbereich verknüpften Logik der »Sorge um andere« eine alternative ökonomische Rationalität. (Gubitzer 2006; Jochimsen 2003) Gerade hierin könnte ein Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise liegen: in einem Verständnis von Ökonomie, das das gesamte Feld wirtschaftlicher Aktivitäten einschließt und unterschiedliche ökonomische Rationalitäten erfasst. Wie soll das Verhältnis zwischen den ökonomischen Sektoren gestaltet werden? Welchen Regeln sollen sie gehorchen? Wo liegen die Grenzen des Marktes? In welchen Bereichen

wären genossenschaftliche, kooperative, gemeinwirtschaftliche Modelle geeignet? All diese Fragen können letztlich nur in breiter demokratischer Auseinandersetzung geklärt werden. Wissenschaft aber fällt dabei die Aufgabe zu, Denkmöglichkeiten aufzuzeigen, das Spektrum der Ideen zu erweitern, schlicht gleichermaßen nach- wie vorzudenken. Als Grundlage aber setzt dies eine Pluralisierung der in den letzten beiden Dekaden mehr und mehr auf den Markt fixierten und an gewinnorientierter Markt-Verwertbarkeit ausgerichteten Wirtschaftswissenschaften voraus.

Fragen nach Wissenschaft als Wahrheitsproduktion und ihren Machtwirkungen laufen schließlich in einer Konzeption von Ökonomie als Form von Regierung zusammen. Aus der ökonomischen Regierung von Geschlecht lassen sich dabei Rückschlüsse auf Funktionsweise und gesellschaftliche Produkte ökonomischer Organisation ziehen, auf deren Grundlage alternative ökonomische Modelle weiterzuentwickeln sind – anknüpfend an Foucaults Bestimmung von Kritik im Hinblick darauf, nicht dermaßen, nicht auf diese Weise regiert zu werden.

Literatur

AMS (2009) Arbeitsmarktdaten, http://iambweb.ams.or.at/ambweb/AmbwebServlet?trn=start (Zugriff am 4. Mai 2009)
Becker, Gary S. (1971) The Economics of Discrimination, London/Chicago.
Becker, Gary S. (1976) The Economic Approach to Human Behaviour, Chicago.
Bock-Schappelwein, Julia/Eppel, Rainer/Mühlberger, Ulrike (2009) Sozialpolitik als Produktivkraft, Wien.
Esping-Andersen, Gøsta (2000) Social foundations of postindustrial economies, Oxford.
Foucault, Michel (1992) Was ist Kritik? Berlin.
Foucault, Michel (1996) Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori, Frankfurt/Main.
Foucault, Michel (1978) Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin.
Gubitzer, Luise (2006) Wirtschaft ist mehr. Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit, in: Widerspruch 50. Alternativen! Zürich, 17-29.
Jochimsen, Maren A. (2003) Careful economics. Integrating caring activities and economic science, Boston.
Michalitsch, Gabriele (2000) Jenseits des homo oeconomicus? Geschlechtergrenzen der neoklassischen Ökonomik, in: Krondorfer, Birge/ Mostböck, Carina (Hg.) Frauen und Ökonomie – oder: Geld essen Kritik auf, Wien, 91-104.
Michalitsch, Gabriele (2003) Mann gegen Mann. Maskulinismen des neoklassischen Konkurrenzprinzips, in: zfwu. Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 1/2003, 73-81.
Michalitsch, Gabriele (2009) Geschlechterreproduktive Ökonomie: Exklusion und Transformation, in: Bauhardt, Christine/Çağlar, Gülay (Hg.) Feminist Economics, Frankfurt/Main (im Erscheinen).
Nelson, Julie A. (1993) The Study of Choice or the Study of Provisioning? Gender and the Definition of Economics, in: Ferber, Marianne A./ Nelson, Julie A. (Hg.) Beyond Economic Man. Feminist Theory and Economics, Chicago/London, 23-36.
Nelson, Julie A. (1995) Gender, Metaphor, and the Definition of Economics, in: Jane Humphries (Hg.) Gender and Economics, Aldershot, 19-41.
Pujol, Michèle A. (1992) Feminism and Anti-Feminism in Early Economic Thought, Aldershot.
Rosa, Hartmut (2005) Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt/Main.
Wößmann, Ludger (2004) How equal are educational opportunities? Family background and student achievement in Europe and the U.S. München.
Wößmann, Ludger (2002) Schooling and the quality of human capital, Berlin.

Anmerkungen

1 In westlichen Gesellschaften ist »Wahrheit« Foucault folgend um den wissenschaftlichen Diskurs und die diesen produzierenden Institutionen zentriert. Permanenten ökonomischen und politischen Anforderungen ausgesetzt, wird sie vorrangig unter Kontrolle einiger weniger großer politischer und ökonomischer Apparate wie Universität, Armee und Massenmedien produziert und verteilt, in Erziehungs- und Informationsapparaten zirkulierend verbreitet und konsumiert. (Foucault 1978, 52)

2 Regierung umfasst Foucault folgend die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, durch welche Menschen gelenkt werden, sowie sämtliche Prozeduren, Techniken und Methoden, welche die Lenkung von Menschen untereinander gewährleisten. (Foucault 1996, 119) Als »Führung der Führungen« zielt sie auf das Verhalten der Menschen.

3 Lediglich das im Konjunkturpaket II enthaltene verpflichtende Kindergartenjahr deutet vage in Richtung eines solch erweiterten Investitionsbegriffs, dessen Umsetzung wurde jedoch schon bald nach dem Beschluss verschoben.

4 Dabei sind insbesondere öffentliche Betreuungsleistungen für Kleinkinder auch als Investition zu verstehen, da sie positive Wirkungen auf das kulturelle Kapital und damit längerfristig auf das ökonomische Potenzial einer Volkswirtschaft haben.

5 Etwa zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten und rund 85% der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

6 Das wohl bekannteste Beispiel der Integration von Geschlecht als analytische Kategorie bietet wohl Gary Becker im Rahmen seiner New Home Economics, die die bestehende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ebenso wie Lohnunterschiede als ökonomisch effizient und rational bestätigen. (Becker 1971, 1976)